

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/200

Bad Godesberg, den 18. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Annäherung oder Pörsprache ?</u> Das Ostberliner Regime ist dabei, eine Chance zu verspielen Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	88
3	<u>Vor einer neuen EWG-Krise ?</u> Zum deutsch-französischen Parlamentarierentreffen Von Dr. Hans Apel, MdB	8
4	<u>Von der Regierungsankündigung abgewichen</u> Strauß und Lenke im Gegensatz zum Bundeskanzler	25
5 - 6	<u>De Gaulle und die Kommunisten</u> Polarität - eine Rechnung, die nicht aufging Von Georg Scheuer, Paris	52

* * *

Anmaßung oder Fürsprache ?

Das Ostberliner Regime ist dabei, eine Chance zu verspielen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Wer die Zeitungen aus dem anderen Teil Deutschlands liest wird immer wieder die gehässigesten Angriffe gegen die sogenannte "Alleinvertretungsanmaßung" der Bundesrepublik feststellen können. Man tut so, als ob es die Bundesregierung und der Bundestag darauf angelegt hätten, Mitteleuropa und seinen Menschen eine Art Kolonialstatut aufzuerlegen, bei dem man ihnen eine Helotenrolle zuzuweisen gedenkte. Das Zitat aus der Regierungserklärung:

- * "Auch diese Bundesregierung betrachtet sich als die einzige deut-
- * sche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und
- * daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen.
- * Das bedeutet nicht, daß wir unsere Landsleute im anderen Teil
- * Deutschlands, die sich nicht frei entscheiden können, bevorkunden
- * wollen. Wir wollen, so viel an uns liegt, verhindern, daß die
- * beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinander-
- * leben. Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben über-
- * winden und nicht vertiefen" -

unterschlägt man ebenso, wie viele Zitate Herbert Wehners ähnlicher Art vor und nach dieser Regierungserklärung.

In der außenpolitischen Debatte des Bundestages in der vergangenen Woche hat Willy Brandt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß niemand in der Bundesrepublik daran denke, den Anspruch, die Stimme des deutschen Volkes zu verkörpern, dahingehend auszulegen, als beanspruche die Regierung der Bundesrepublik das Recht, Verwaltungsakte über die Köpfe der mitteleuropäischen Bevölkerung hinweg vorzunehmen. Es geht also um nichts anderes, als ein moralisches Postulat, das seine Stütze in dem größeren Spielraum findet, der dem deutschen Volk in der Bundesrepublik im Rahmen des Bündnissystems geblicen ist, dem es angehört.

Aber es ist nicht der Spielraum allein, der der Bundesrepublik die Sprecherposition einräumt. Ostberlin hat in allen seinen Verla-

carungen jüngerer Zeit immer wieder zu erkennen gegeben, daß es sich als Exponent eines Klassenstaates fühlt, daß es nur einen Teil des deutschen Volkes als friedliebend und zukunfts berechtigt ansieht, während ganze Bevölkerungsgruppen von der Mitgestaltung des deutschen Schicksals ausgeschlossen werden sollen. So sehr auch wir einen scharfen Trennungsstrich gegenüber den Unbelchrbaren von gestern bejahen und dafür eintreten, ihnen die Einwirkung auf das politische Geschehen von heute zu nehmen: das Deutschland von morgen muß zu einem Deutschland aller Deutschen guten Willens werden oder es wird keine Zukunft haben.

Solange aber Pankow die Totalkapitulation fordert, verhindert es nicht nur die Aussöhnung beider Teile Deutschlands, es steht sich auch selbst im Wege. Statt die angebotene Möglichkeit zu nutzen, über ein sachliches Gespräch mit der Bundesrepublik den Handlungsspielraum der mitteldeutschen Bevölkerung und Wirtschaft nach Westen hin zu erweitern, setzt man die Mauerpolitik fort. Man diskreditiert nicht nur die Möglichkeiten einer Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen, man verschlechtert auch die eigene Position in der westlichen und weiteren Teilen der neutralen Welt. Es kann doch bei niemanden ein Zweifel daran bestehen, daß eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen Ostberlins Renommee innerhalb des Ostblocks wesentlich verbessern könnte, als die mit mehr oder weniger Druck Moskauer zustandekommenen bilateralen Verträge. Die Beseitigung der deutschen Spannungen aber würde auch das Ansehen des Pankower Regimes in der westlichen Welt verbessern und ihm eine Chance einräumen, mehr Gewicht und Ansehen bei der Lösung der deutschen Frage in die Waagschale werfen zu können, als im Augenblick der Fall ist.

Wir meinen, so utopisch das manchen Leuten auch klingen mag: auch die Sowjetunion müßte ein Interesse daran haben, die Deutschen in beiden Lagern nicht als Flügelleute und Scharfrichter, sondern als Brückenhauer der Annäherung zu sehen. Dazu bedarf es aber der Fortsetzung der Gespräche zwischen beiden Teilen Deutschlands und nicht ihrer ständigen Unterminierung durch Maximalforderungen, von denen man von vorneherein weiß, daß sie nicht akzeptabel sind.

Vor einer neuen EWG-Krise ?

Zum deutsch-französischen Parlamentariertreffen

Dr. Hans Apel, MdB

Das siebente deutsch-französische Parlamentariertreffen in München vom 9. bis 15. 10. befaßte sich mit der Frage des eventuellen Beitritts Englands zur EWG. Die freundschaftlichen Bande, zwischen den Abgeordneten aus beiden Ländern, die sich während der früheren Zusammenkünfte entwickelt hatten, ermöglichten eine sehr offene Aussprache. Sehr schnell wurden die politischen Argumente der Franzosen gegen die Aufnahme Englands überwunden. Schließlich gibt es zur Zeit keinen Grund, an der Fortdauernden Hinwendung Englands nach Europa zu zweifeln. Die französischen Parlamentarier ließen deswegen nach der ersten Gesprächsrunde den Vorwurf fallen, England würde im Gemeinsamen Markt vor allem US-amerikanischer Stützpunkt sein. So rückten vor allem wirtschaftliche Einwendungen in den Vordergrund:

- * a) Englands eventueller Eintritt gefährde die jetzt der französischen Landwirtschaft im Europa der Sechs gewährten beträchtlichen Vorteile.
- * b) Mit England käme das Commonwealth in direkte Beziehungen mit der EWG und gefährde damit die jetzt den assoziierten afrikanischen Staaten - vornehmlich ehemaligen französischen Kolonien - eingeräumte Präferenzen.
- * c) Englands Eintritt engagierte die Gemeinschaft, die permanenten Pfund-Schwierigkeiten mit zu übernehmen.

Diese nationalwirtschaftlichen Einwendungen dürfen nicht abwertend beurteilt werden. Es ist durchaus legitim, bei einer etwaigen geographischen Erweiterung der EWG zu prüfen, ob das nationalwirtschaftlich tragbar ist. Wenn aber ein Partner so sehr seine eigenen Interessen sieht, sind wir gerechtfertigt, aus den gleichen nationalwirtschaftlichen Interessen - 80 Prozent unseres Handelsbilanzüberschusses kommen aus unserem Außenhandel mit 12 EFTA-Staaten - die Ausweitung der EWG zur fördern. Dabei übersieht zudem die französische Politik, daß sich alle sechs EWG-Länder darauf festgelegt haben, die bereits in der Gemeinschaft beschlossenen Regelungen durch den Beitritt Englands nicht ändern zu lassen.

Ein "NEIN" der Franzosen zu schnellen Beitrittsverhandlungen muß dagegen zu Reaktionen der fünf Partner führen, eine neue EWG-Krise einzuleiten und die gegenwärtig den Franzosen eingeräumten Vorteile gefährden. Wird doch in diesem Falle niemand bereit sein können, die den Franzosen gewährten Vorteile über 1969 hinaus zu verlängern. Spätestens zu diesem Zeitpunkt laufen aber die gegenwärtig wirksamen EWG-Abkommen zugunsten Frankreichs aus. Es kann schließlich nicht zugelassen werden, daß England mit dem Argument, es sei wirtschaftlich unheilbar krank, von der EWG ferngehalten wird. Selbst wenn die britischen Sorgen viel größer wären, als sie es tatsächlich sind, wäre diese Haltung unverantwortlich. England ist ein wesentliches politisches Element Europas. Nur mit ihm zusammen wird es gelingen, der gaullistischen Forderung, Europa müsse sein Schicksal selbst bestimmen, also Weltmacht werden und politisch mit einer Stimme sprechen, zu entsprechen.

Sehr nachdenklich gingen die Teilnehmer dieses siebenten Treffens auseinander, in dem Bewußtsein, daß es in die Hand Frankreichs gegeben ist, ob wir an der Schwelle einer neuen EWG-Krise stehen oder vor dem Beginn eingehender Beitrittsverhandlungen mit England und anderen Ländern Westeuropas.

Von der Regierungserklärung abgewichen

Strauß und Lemke im Gegensatz zum Bundeskanzler

E.H. - Wie stark der geographische Standort den politischen Standpunkt beeinflussen kann, haben in diesen Tagen wieder einmal zwei prominente Politiker von CDU und CSU durch ihre Erklärungen zur Europa-Politik demonstriert. Der Präsident des Bundesrats und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lemke sagte bei der Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte, die Bundesrepublik habe die historische Aufgabe, "notfalls sogar ohne Frankreich mit vier Partnern über die Erweiterung der EWG zu verhandeln". Europa dürfe kein Torso bleiben, sondern müsse vielmehr größer werden als ein wirtschaftlich geeintes Europa der Sechs.

Am gleichen Tage vertrat Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzender Strauß die Ansicht, daß Großbritannien aufgrund seiner Wirtschaftslage noch nicht ohne weiteres auf einen Eintritt in die EWG vorbereitet sei.

Man sieht: Mit zunehmender Entfernung von der Küste nimmt bei der CDU/CSU der Wille zur Erweiterung der EWG ab und die Unterstützung der de Gaulle'schen Haltung zu. Derart unterschiedliche Auffassungen, wie sie zwischen Lemke und Strauß in der Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG bestehen, sind innerhalb einer demokratischen Partei durchaus denkbar. Auch ist die EFTA-Freundlichkeit Lemkes sicherlich überwiegend wirtschaftlich motiviert, würde doch bei einem Beitritt der skandinavischen Länder endlich die wirtschaftlich nachteilige EWG-Randlage der deutschen Küstenländer beseitigt werden. Strauß hat zwar in letzter Zeit de Gaulles Widerstand gegen England mehrmals kritisiert und ihm vorgeworfen, er verhindere ein großes und starkes Europa. Aber jetzt scheint er wieder auf die Argumentation des französischen Staatspräsidenten eingeschwenkt zu sein.

Weit schwerer als die Divergenz der Auffassungen wiegt indessen, daß Lemke und Strauß mit ihrer Ansicht wesentlich von jener Linie abweichen, die Bundesregierung und alle Fraktionen des Deutschen Bundestages in der außenpolitischen Debatte am 13. Oktober festgelegt haben. Notfalls ohne Frankreich mit den beitriftswilligen Staaten zu verhandeln, ist im Bundestag von niemand ernsthaft erwogen worden. Der EWG-Vertrag ließe ein solches Verfahren auch gar nicht ohne weiteres zu, sondern wohl nur um den Preis einer neuen EWG-Krise oder nur durch das Ausscheiden Frankreichs. Eine derartige Politik wäre aber völlig abwegig. Gerade Bundeskanzler Kiesinger hat die jetzt von Lemke geäußerte Meinung ganz entschieden zurückgewiesen. Andererseits haben weder Bundesregierung noch die Abgeordneten daran gezweifelt, daß Großbritannien "reif" für den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften ist. Strauß und Lemke scheinen sich um die außenpolitische Regierungserklärung und um die einmütige Haltung des Deutschen Bundestages in der Frage der Erweiterung der EWG wenig zu kümmern.

De Gaulle und die Kommunisten

Polarität - eine Rechnung, die nicht aufging

Georg Scheuer, Paris

Seit 25 Jahren betrachtet General de Gaulle die kommunistische Partei Frankreichs als legale und nationale Partei; von der Ernennung des "Deserteurs" Maurice Thorez zum Staatsminister der Provisorischen Regierung 1942 bis zum Händedruck mit KP-Führer Jacques Duclos auf der Pariser Sowjetbotschaft anlässlich des Kossygin-Besuches vor einigen Monaten.

Späte Reue

Erfolgt nun angesichts des kommunistischen Vormarsches insbesondere in der roten Bannmeile rund um Paris ein tatsächlicher Umschwung im gaullistischen Lager? Verschiedene Äußerungen der UNR-Redner während der letzten Ministerratsdebatte in der Nationalversammlung lassen darauf schließen. Refrain: "Unsere nach Osten ausgerichtete Außenpolitik bedeutet keinesfalls, daß wir den Kommunismus in Frankreich begünstigen wollen". All das verbunden mit einem Appell an die zögernden Abgeordneten des Zentrums und der Konservativen, auf deren Stimmen die zusammengeschrumpfte UNR-Fraktion jetzt dringend angewiesen ist.

De Gaulles Strategie ...

Nur ausnahmsweise, während der kältesten Tage des Kalten Krieges bezeichnete General de Gaulle - damals im Einklang mit den meisten Franzosen - die KPF als "Gefahr für die französische Nation". Ansonsten drängte die gaullistische Bewegung unentwegt auf Zweiteilung der französischen Politik: die Gaullisten, die Kommunisten. Die KPF wurde von den Gaullisten immer wieder als eigentlicher Gegenspieler oder Partner betrachtet. Die demokratischen Links- und Mittelparteien hingegen sollten von der Bildfläche verschwinden und wurden seit 20 Jahren von den Gaullisten als "überflüssiger Staub" bekämpft.

... stärkte die KPF ...

Diese langfristige gaullistische Strategie kann einige Erfolge buchen. Durch gezielte Regierungspropaganda, Neueinteilung der Wahlkreise, Verfassungs- und Wahlreformen, aber auch durch rückständige Sozialpolitik und nicht zuletzt durch eine einseitig ausgerichtete Außenpolitik

wurden die demokratischen Links- und Mittelparteien tatsächlich geschwächt, die Kommunisten hingegen rehabilitiert und gestärkt.

... und schwächte das Zentrum

So ist die christlich-demokratische Zentrumsparlei MRP ebenso wie die demokratische Mittelpartei der Radikalen (Preisinnige) von der Bildfläche verschwunden. Die "Unabhängigen" (Konservativen) wurden gespalten und aufgerieben. Die vom Gaullismus erstreute "Vereinfachung" führte also nicht zu einer demokratischen Zweiteilung nach dem Beispiel anderer westeuropäischer Länder, sondern zu bedenklicher Radikalisierung.

Intakte Sozialdemokratie

Nur die französischen Sozialdemokraten konnten dem doppelten Ansturm der Kommunisten und Gaullisten widerstehen. Die Positionen der SFIO sind intakt und teilweise gestärkt, insbesondere durch den Zusammenschluß mit anderen demokratischen Linksparteien, vor allem mit der Obersten der Radikalen und der Widerstandsdemokraten (Mitterrand) und mit einer Reihe von Arbeitsgemeinschaften ("Clubs") zu einer "Föderation" (FGDS), die auf dem Wege zu einer erneuerten sozialdemokratischen Partei ist.

... und allgemeine Linksentwicklung

Im Zeichen der gaullistischen Außen- und Innenpolitik wurde die jahrelange Kluft zwischen den Linksparteien überbrückt. Es kam seit einigen Jahren immer mehr zu Wahlabkommen, auch mit den Kommunisten. Die Abneigung gegen die Allüren und Drohungen des autoritären Regimes überwiegt. Das ist die Quelle des wachsenden Linkstrends und auch der kommunistischen Stimmengewinne, die nun erstmalig auch im gaullistischen Lager Bedenken und Befürchtungen hervorrufen. Man erschrickt jetzt plötzlich vor den Früchten, die man jahrelang gesät hat.

... erschüttern den gaullistischen Kurs

Die gaullistischen Zauberverfolger möchten jetzt eine Entwicklung rückgängig machen, die sie mit wenigen Unterbrechungen ein Vierteljahrhundert hindurch angekurbelt haben. Die plötzlichen SOS-Rufe der gaullistischen Debattenredner und die Appelle an die nichtkommunistischen Gruppen, die man bisher als "quantité négligeable" mißhandelt hat, sind diesmal keine reine Demagogie. Wohl glaubt man in der gaullistischen Parteiführung an keine ernste kommunistische Gefahr im Sinne einer Umsturzdrohung, doch bangt man um Mandate und Bürgermeisterposten.

Eine 25-jährige Erfahrung beweist, daß der Gaullismus den kommunistischen Einfluß in Frankreich nicht stoppen kann, sondern im Gegenteil fördert. Nur eine Stärkung der demokratischen Linksparteien könnte das vom Gaullismus erschütterte Gleichgewicht der französischen Innenpolitik wieder herstellen.